**Vollausbau der Wilstedter Straße
Henstedt-Ulzburg**

**Feststellung der UVP-Pflicht nach
§ 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit (UVPG)**

Bekanntgabe des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Verkehr -, vom 31.01.2023 – APV 14-533.32-G1K-258

Der Wegezweckverband Segeberg plant im Auftrag der Gemeinde Henstedt-Ulzburg die Sanierung der Wilstedter Straße. Im Rahmen der Sanierung ist eine Verbreiterung der Verkehrsfläche auf einer Länge von ca. 1.4 km sowie Angleichung der Böschung vorgesehen. Der Verkehrsraum, einschließlich Schutzstreifen und Gehweg, hat bei der Umsetzung der verkehrstechnischen Minimalvariante eine Gesamtbreite von 9,00 m. Zusätzlich sind die Befestigung einer Buskehre und der Ausbau der Bushaltestelle vorgesehen.

Im vorliegenden Fall handelt sich um die Änderung einer sonstigen Gemeindestraße, für die gemäß § 3 i. V. m. Anlage 1 LUVPG eine standortbezogene Vorprüfung nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 UVPG durchzuführen ist.

Die Vorprüfung in der ersten Stufe hat ergeben, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen. Das Vorhabengebiet befindet sich teilweise im Randbereich vom Naturschutzgebiet und in gesetzlich geschützten Biotopen liegt. Außerdem liegt das Vorhabengebiet in der Schutzzone III eines Wasserschutzgebietes.

Die Vorprüfung in der zweiten Stufe hat ergeben, dass nachteilige Auswirkungen des Vorhabens zu erwarten sind. Diese sind jedoch nicht erheblich.

Nachteilige Auswirkungen auf die Menschen sind baubedingt, insbesondere durch stoffliche und nichtstoffliche Emissionen, zu erwarten. Die Auswirkungen sind zeitlich begrenzt und die emissionsintensiven Bautätigkeiten werden in der Regel nicht

stationär ausgeführt, sondern den Straßenverlauf entlang sich fortsetzend. Besonders störende Bautätigkeiten, wie z. B. Rammarbeiten, sind nach der jetzigen Planung nicht vorgesehen. Anlage- und betriebsbedingt werden keine zusätzlichen Auswirkungen im Vergleich zum Ist-Zustand erwartet. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch werden daher insgesamt als nachteilig jedoch nicht erheblich gewertet.

Nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt stehen im Zusammenhang mit der Flächeninanspruchnahme und dem Vegetationsverlust. Die bauzeitlich in Anspruch zu nehmenden Flächen werden nach der Beendigung der Baumaßnahmen naturnah hergestellt. Neue betriebsbedingte Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt werden nicht erwartet. Zu berücksichtigen sind zum einen die vorhandene Straße als Vorbelastung und zum anderen das begrenzte Entwicklungspotential der meisten betroffenen Flächen. Unter Berücksichtigung der vom Vorhabenträger vorgesehenen Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen, z. B. Bauzeitenregelungen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Betroffenheit, Wahl der „Minimalvariante“ zwecks Minimierung der Flächeninanspruchnahme, Flächenentsiegelung, Maßnahmen im NSG Henstedter Moor zum Ausgleich des Eingriff und ortsnahe Neupflanzungen, insbesondere Neuanlage von 281 m Knick parallel zur Straße und Bäume östlich der Tennishalle/Bushaltestelle, werden die nachteilige Auswirkungen als nicht erheblich gewertet.

Nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sind infolge der Flächeninanspruchnahme und der Vegetationsbeseitigung zu erwarten. Diese werden jedoch aufgrund der Lage, der vorhandenen Flächennutzungen und der Relation der Vorhabengröße im Verhältnis zur vorhandenen Straße und des Naturschutzgebiets als nicht erheblich bewertet.

Hinsichtlich des Naturschutzgebietes „Henstedter Moor“ ist festzustellen, dass ein Randbereich des NSG geringfügig überplant wird. Die Beeinträchtigung der Gebietsziele ist jedoch nicht zu besorgen.

Hinsichtlich der gesetzlich geschützten Biotope ist festzuhalten, dass Knicks in unmittelbarer Straßennähe überplant werden. Jedoch sind Neuanlagen von Knicks vorgesehen, von denen insgesamt 281 m parallel zur Straße hergestellt werden.

Hinsichtlich des Trinkwasserschutzgebiets Henstedt-Rhen ist erwähnen, dass in der hier zu betrachtenden Zone III u. a. verboten ist, auswasch- oder auslaugbare wassergefährdende Materialien beim Bau von Anlagen des Straßen-, Wasser-,

Schienen- und Luftverkehrs und von Lärmschutzdämmen zu verwenden. Dies ist dem Vorhabenträger bekannt. Nachteiligen Auswirkungen auf das Trinkwasserschutzgebiet können daher vermieden werden.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht nicht.

Diese Feststellung ist gemäß § 4 Abs. 1 LUVPG i. V. m. § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Nach den Bestimmungen des Informationszugangsgesetzes (IZG-SH) für das Land Schleswig-Holstein vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89), in der aktuell gültigen Fassung, ist eine Einsichtnahme in diese Feststellung beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein – Amt für Planfeststellung Verkehr – Hopfenstraße 29, 24103 Kiel, möglich.